

Geschichte und Hintergrund des deutschen Atomprogramms

Anlässlich des Transports eines sogenannten Castor-Behälters mit hochradioaktivem Abfall ins niedersächsische Gorleben kam es zu den heftigsten Protesten gegen ein nukleares Vorhaben seit Jahren. 10000e von Jugendlichen, Anwohner und Linken aller Couleur gingen auf die Barrikaden und blockierten den Transport. Nur mit einem riesigem Polizeiaufgebot konnte der Castortransport durchgesetzt werden. Die Atomenergie-Gegner ließen sich dadurch nicht entmutigen. Sie kündigten an, daß jeder Transport von nun an einen ähnlichen Polizeieinsatz erfordern würde und damit auf Dauer unbezahlbar werden würde. Aber auch innerhalb der Polizei kam es zu Unmut. Als aufgrund einer Studie von Professor Dr. Kuni, einem anerkannten Strahlenexperten, Zweifel aufkamen, ob die Dosis, die die Polizisten bei der Bewachung des Castor-Behälters abgekriegt hatten, nicht zu niedrig berechnet worden war, protestierten auch viele der eingesetzten Beamten. Auch wenn es inzwischen wieder etwas ruhiger um Castor und das als Endlager vorgesehene Gorleben geworden ist, sieht es also doch so aus, als ob wir vor einer Wiederbelebung der Anti-AKW Bewegung, die schon totgesagt wurde, stehen. Damit eine solche Bewegung diesmal erfolgreicher ist als in den siebziger Jahren ist es erforderlich einen Blick auf die Hintergründe und Geschichte der Atomenergienutzung in Deutschland zu werfen.

Das Atomprogramm im 2. Weltkrieg

Die Nutzung der Atomenergie beruht auf dem in den 30er Jahren entdeckten Phänomen, daß unter bestimmten Umständen ein Teil der in Atomen vorhandenen Materie sich in Energie umwandeln läßt. Dadurch wird eine Menge an Energie frei, die weit über der in chemischen Prozessen entstehenden liegt. Ein solcher energieintensiver Prozeß ist die Kernspaltung von bestimmten Uran- und Plutonium -Isotopen. Nachdem die Kernspaltung (1938) von Otto Hahn im damaligen Nazideutschland entdeckt worden war, machten sich weltweit Physiker daran, den neuen Prozeß zu nutzen. Das erste woran sie dachten war die Bombe, die Nutzung der freiwerdenden Energie für den Krieg. Erfolgreich waren die Amerikaner mit ihrer verbrecherischen Ermordung von 10.000en Zivilisten in Hiroshima und Nagasaki. Aber auch die deutschen Physiker hatten nicht minder fleißig an der Bombe gebastelt, die sie dem "Führer" schenken wollten. Daß ihnen das nicht gelang, obwohl sie bis dahin als führend auf dem Gebiet gegolten hatten, lag in erster Linie daran, daß das Hitler-Regime glaubte, der Krieg werden sowieso nur 1-2 Jahre dauern und deswegen die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellte. Hinterher versuchten die deutschen Atombombenbauer allen voran der Nobelpreisträger Heisenberg ihre Unfähigkeit, das neue Massenmordinstrument den Nazis zur Verfügung zu stellen, dann als insgeheimen „Widerstand“ gegen die Nazis darstellen. Diese Lüge bildete die Grundlage für ihr Eintreten für die von nun an angeblich „friedliche Nutzung der Kernenergie“ in Nachkriegsdeutschland.

Produktion von Atomstrom - ein Abfallprodukt

Nach dem Zweitem Weltkrieg bemühte sich jede Nation möglichst schnell mit den Amerikanern gleichzuziehen. England, Rußland und Frankreich gelang ebenfalls der Sprung in den elitären Club der Atombombenmächte. Dabei diente die Entwicklung von Atomreaktoren genauso wie in den USA in erster Linie als Mittel um an den begehrten Bombenstoff zu kommen. Die Produktion von Atomstrom war nur ein Abfallprodukt, das beispielsweise in Frankreich als Tarnung für das militärische Bombenprogramm diente. Nicht viel anders in Deutschland: Für den ersten Bundeskanzler Adenauer waren Atombomben nur „eine Weiterentwicklung der Artillerie“. Sein Atomminister Strauß machte kaum einen Hehl daraus, daß es darum ging die neuaufgestellte Bundeswehr mit Atomwaffen ausrüsten. Strauß ließ sogar extra den als Luftkampfflugzeug vorgesehenen Starfighter zu einem Flugzeug umrüsten, das Atombomben tragen konnte. Diese nachträgliche Umrüstung war mit verantwortlich für die Absturzanfälligkeit des Bundeswehrjets, die in den nächsten Jahren zahlreichen Piloten das Leben kostete. Überall in der Bundesrepublik wurden Atomforschungszentren wie in Karlsruhe aus dem Boden gestampft, die das technische Know-How für die militärische und nebenbei auch zivile Nutzung der Kernspaltung entwickeln sollten. Milliardensummen flossen in diese Technologie, Gelder die beispielsweise in Japan in anderen Bereiche wie die Mikroelektronik gesteckt wurden. Hätte man eine vergleichbare Mengen an Kapital, menschlicher Arbeitskraft und politischer Förderung in eine andere Richtung gelenkt, man hätte beispielsweise die Nutzung einer weniger gefährlichen Technologie wie der Sonnenenergie längst rentabel machen können. Aber die Produktion von Atomstrom war wie gesagt nur das Abfallprodukt, das allenfalls einen Teil der aus politischen Prestigegründen in die Atomforschung gesteckten Summen wieder hereinholen sollte.

Die "friedliche" Nutzung

Die deutschen Atombombenpläne stießen jedoch bald auf diplomatische Widerstände. Zu frisch war noch die Erinnerung an den Angriffskrieg und den Völkermord der Nazis als daß die anderen Atombombenmächte ein ebenfalls mit Atombomben ausgerüstetes Deutschland akzeptieren wollten. Sie setzten erfolgreich vor allem gegen den Willen der damaligen deutschen Regierung den Atomwaffensperrvertrag durch. Dieser Vertrag beließ den Mächten, die bereits über die Bombe verfügten ihr Monopol und verpflichtete die anderen Staaten auf eigene Bombenprogramme zu verzichten. Zum Ausgleich wurde ihnen Förderung bei der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie versprochen. Die Deutsche Regierung mußte schließlich schweren Herzens einlenken. Ein Trost war dabei, daß kein Experte in den 60er Jahren angesichts von riesigen Forschungszentren, tausenden Atomwissenschaftlern und riesigen Mengen von Plutonium mehr ernsthafte Zweifel haben konnte, daß Deutschland jederzeit in der Lage war die Bombe innerhalb weniger Monate zu bauen. Die Fähigkeit im Zweifelsfall schnell Atommacht zu werden, erwies sich auf dem diplomatischen Parkett als fast so wirksam wie der tatsächliche Besitz. Dazu freilich war es notwendig das laufende Atomprogramm weiter auszubauen und nun vermehrt zivile Anwendungen zu finden. Heraus kamen dabei so absurde Versuche wie der Bau des Atomschiffs „Otto Hahn“, das kurz nach der Fertigstellung schon wieder verschrottet wurde, weil der Betrieb eines Atomreaktors auf hoher See einfach zu teuer und zu unsicher war. Zu einem finanziellen Erfolg zumindest für die Stromkonzerne wurde dagegen die Produktion von Atomstrom mittels Druck- und Siedewasserreaktoren. Derartige Reaktoren eignen sich nur sehr schlecht für die Produktion von Bombenstoff und haben daher scheinbar nichts mit militärischen Absichten zu tun. Auf dem Weg über die sogenannte „Wiederaufbereitung“ läßt sich freilich das für die Bombe nötige Plutonium doch wieder abtrennen. So wurde die angebliche Notwendigkeit der Wiederaufbereitungstechnologie zu einem Schwerpunkt der Atompropaganda. Angeblich läßt sich mit Wiederaufbereitungsanlagen ein „Brennstoffkreislauf“ herstellen, bei dem die Reaktoren ihren eigenen Brennstoff produzieren. Diese leicht widerlegbare und schon physikalisch unhaltbare Lüge wurde über zwei Jahrzehnte hinweg allen Einwänden zum Trotz immer wieder verbreitet. Zum Schluß diente sie als Rechtfertigung für den geplanten Bau der Anlage in Wackersdorf. Daß es dazu nicht kam, lag auch an der inzwischen veränderten politischen Landschaft.

Die Bewegung der 70er Jahre

Beginnend 1975 im Weinort Whyll am Kaiserstuhl hatte sich ein Bündnis von örtlicher Bevölkerung und linken Studenten darangemacht das Atomprogramm zu stoppen. Mit Aufklärung über die Gefahren der Atomenergie und zum Teil militanten Aktionen wie Bauplatzbesetzungen entwickelte sich die Anti-AKW-Bewegung schnell zu einem Machtfaktor, der zehntausende Menschen mobilisieren konnte. 1976/77 kam es zu riesigen Demonstrationen in Kalkar und Brokdorf, bei denen der bundesdeutsche Staat polizeistaatliche Methoden aufbieten mußte, um das Atomprogramm gegen die örtliche Bevölkerung durchzusetzen. Die Bewegung selbst war ausgesprochen heterogen. Da gab es Eltern, die Krebs bei ihren Kindern befürchteten, neben Bauern, die sich um die Verkaufbarkeit ihrer Produkte sorgten. Linke Spontis, die die Bewegung als Mittel zur Fortsetzung der 68er Revolte sahen, waren ebenso dabei wie rechtsradikale „Ökologen“, die insgeheim in der Atomtechnologie eine teuflische jüdische Intrige zur Zerstörung des deutschen Volkes sahen. Letzten Endes setzte sich eine linke Tendenz durch, die Kritik am Atomprogramm mit Kritik am Kapitalismus verband. Die Erkenntnis, daß Atomkraftwerke aus Profit- und Machtinteressen heraus um jeden Preis durchgesetzt werden sollen, führte freilich nicht zu einer Orientierung auf die arbeitende Bevölkerung als natürlichen Bündnispartner der Atomkraftgegner. Im Gegenteil bildete sich bei den neuen „Fortschritts“-Kritikern eine ausgesprochene Verachtung für die Arbeiter heraus, die vielfach als korrupte, konsumgeile Bildzeitungsleser gesehen wurden. Diese elitäre Haltung in Verbindung mit Zurück-Zur-Natur-Utopien lieferte der Atomlobby das Einfallstor für ihre Propaganda. Sie argumentierten, daß die Atomenergie die Voraussetzung für Wohlstand und Sozialstaat seien, und daß die „Öko-Propheten“ doch erstmal ihren eigenen Energieverbrauch zurückschrauben sollten. Der originellerweise ausgerechnet von der Auto-Industrie finanzierte „Club of Rome“ verbreitete seine Theorie von den „Grenzen des Wachstums“, wonach nicht der Kapitalismus sondern das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt und der zu hohe Verbrauch der Bevölkerung an Ressourcen schuld an allem Übel auf der Welt sei.

Auf diese Weise gelang es, die Anti-AKW Bewegung in der Bevölkerung zu isolieren und die Atomenergie als notwendiges Übel für eine Übergangszeit darzustellen. Die Reste wurden von der neuen Partei der GRÜNEN aufgesogen, die mehr und mehr nicht mehr der parlamentarische Arm der Bewegungen war, sondern stattdessen Anti-AKW-Initiativen nur noch als Hilfstruppen für ihre Wahlkämpfe betrachtete. Die Propaganda von der Energieknappheit und den „Grenzen des Wachstums“, die auch die Grundlage der Grünen Ideologie bildet, ist freilich schlicht und einfach falsch. Es ist das Profitsystem und nicht die angebliche „Konsumgesellschaft“, die zum umwelt- und gesundheitsgefährdenden Mißbrauch der Technik wie bei der Atomenergie oder dem maßlos ausgebauten Individualverkehr führt. Auf dieser Welt gibt es mehr als genug Ressourcen um allen Menschen ein vernünftiges Leben zu ermöglichen. Längst haben die

Energiekonzerne eine enorme Überkapazität in der Stromproduktion geschaffen, die ein sofortiges Abschalten aller Atomkraftwerke ohne weiteres erlauben würde. Aber Atomkraftwerke sind für die Energiekonzerne äußerst profitabel, da die Entwicklungskosten über Steuergelder bezahlt wurden (und werden) und alle Kosten an die Stromkunden weitergegeben werden können. Die Kosten der Beseitigung des Atommülls trägt dann die nächste Generation und die Konzerne können ihre angeblichen Rücklagen für die Entsorgung auch noch nutzen um nebenbei ganze Branchen auf Kosten der Stromverbraucher aufzukaufen. Die Politiker der Möchte-Gern-Großmacht Deutschland wiederum begünstigen das Treiben der Strommanager, weil sie weiterhin die Atomtechnologie aus internationalen Prestigegründen benötigen. Inzwischen freilich setzt man für die militärische Option selbst eher auf das Bündnis mit Frankreich mit seinen jahrzehntelang laufenden Wiederaufbereitungsanlagen und der dortigen größeren „Akzeptanz“ des Atomprogramms. Die deutschen Atompolitiker sind Europäer geworden und das Angebot des französischen Präsidenten Deutschland mit unter seinen „Atomschirm“ zu nehmen, ist längst Realität.

Alternative

Gegen dieses Atomeuropa von oben, müssen wir ein Europa des Widerstands von unten aufbauen. Jetzt, wo eine neue Bewegung gegen das Atomprogramm aufzukommen scheint, ist es wichtig, daß die Fehler der Vergangenheit und die Ursachen des Scheitern der ersten Bewegung nicht vergessen werden. Dabei müssen wir als Marxisten uns solidarisch aber auch kritisch gegenüber der Bewegung verhalten. Als Sozialisten verurteilen wir jede Form von Atomwaffen, auch gerade die Atomrüstung des ehemaligen Ostblocks. Auch die angebliche „friedliche Nutzung“ lehnen wir ab, allerdings aus anderen Gründen als die Zurück-Zur-Natur-Ideologen. Denn Kernspaltung und Radioaktivität sind für uns keine dämonischen Kräfte, sondern zunächst mal nur Naturphänomene wie Magnetismus und Elektrizität auch, die der Mensch sich zu Nutzen machen oder sie zur Zerstörung einsetzen kann. Deswegen lehnen wir eine Verwendung von Radioaktivität zum Beispiel in Medizin und Forschung keineswegs ab, wohl aber den schlicht und einfach unvernünftigen und zu gefährlichen Bau und Betrieb von Atomkraftwerken. Um die Mehrheit der Bevölkerung und auch die in der Atomindustrie selbst tätigen Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler für den Kampf gegen das wahnwitzige Atomprogramm zu gewinnen, müssen wir allerdings eine andere Utopie bieten als die alternative Landkommune mit dem angeblich so schönen bescheidenen Leben: Einen Sozialismus, der einen vernünftigen und demokratischen Umgang mit neuen Technologien praktiziert und in dem Wissenschaftler und Ingenieure ihre Kreativität für eine Verbesserung des Lebens aller Menschen einsetzen können, statt für Profit- und Machtinteressen weniger.

Literatur:

Catherine Caufield: Das strahlende Zeitalter, Beck-Verlag

Joachim Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Rowohlt Verlag

Udo Schelb: Reaktoren und Raketen, Pahl-Rugenstein Verlag

Dieser Artikel ist in der Zeitschrift "Internationaler Sozialismus" Nr.10/96 erschienen. Bestelladresse: M.Kaaser, Schopenhauerstr.13, 60316 Frankfurt